



Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

20. Februar 2008

Der Norden geht fast leer aus

Susanne Kastner wünscht sich mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Fördergeldern

Berlin/Haßfurt Mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Fördergeldern wünscht sich Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner. Die Zusage von 3,8 Millionen Euro für Maßnahmen der Dorferneuerung aus dem Bayerischen Staatsministerium für Forsten und Landwirtschaft zeige wieder einmal, dass es im Landkreis ein Fördergefälle gebe. Der Norden geht weitgehend leer aus.

Wenn 3,8 Millionen Euro aus Fördermitteln des Bundes, des Freistaats und der EU in die Dörfer und Gemeinden des Landkreises Haßberge fließen, dann ist das eine gute Sache. Das findet auch Susanne Kastner. „Mit dem Geld kann sicher einiges bewegt werden“, erklärt die Bundestagsvizepräsidentin. Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Josef Miller hatte in der vergangenen Woche Gelder für Dorferneuerung und Flurneueordnung zugesagt, die noch in diesem Jahr in die Kommunen fließen sollen. „Die Dörfer können gestaltet und lebenswerter gemacht werden“, freut sich die SPD-Politikerin für die Bürgerinnen und Bürger. In vielen Orten können mit den Zuschüssen wichtige Projekte endlich in Angriff genommen werden.

Schaut man sich die Verteilung der Summe im Landkreis Haßberge aber einmal genauer an, dann fällt bei der Liste der geförderten Projekte eines auf. „In den Norden des Landkreises fließen leider fast überhaupt keine Gelder.“ Während der Steigerwald, speziell die Gemeinden Oberaurach und Rauhenebrach, die beide mehr als 500.000 Euro erhalten, und das Maintal sehr gut wegkommen, geht der Eberner Bereich weitgehend leer aus. Lediglich in die Gemeinde Untermerzbach fließt eine kleine Summe.

„Dabei gibt es im nördlichen Landkreis sicherlich auch viele Projekte, die es verdient haben, von staatlicher Seite unterstützt zu werden.“ Die Praxis der Förderung zeige aber wieder einmal deutlich, dass bestimmte Kommunen und Bürgermeister offenbar einen besseren Draht zur bayerischen Staatsregierung haben. „Die einen streichen große Summen ein, und andere gucken in die Röhre.“ Das sei nicht die ideale Lösung. „Die Gelder sollten eigentlich gerechter verteilt werden.“ Keinesfalls dürfe das Parteibuch der Bürgermeister bei der Zusage von Fördermitteln die ausschlaggebende Rolle spielen.